

Wessen Bildung?

Bildung Österreichs Bildung steckt in der Krise. Im November läuft das „Bildungsvolksbegehren“ von Androsch & Co. an. Auch Studiengebühren werden wieder diskutiert. Und die FPÖ will gleich Schuluniformen. Geld ist angeblich keines da für Bildung, und doch erhalten die Privatuniversitäten Millionen. Und bei wenigen Reichen liegen Milliarden. **Seite 2**

ÖlarbeiterInnenstreik

Kasachstan Das kasachische Regime tut so, als sei der Streik der ÖlarbeiterInnen in Zhanaozen und Aktau beendet. Der Streik – der bedeutendste in der Ex-Sowjetunion seit den Bergarbeiterstreiks der frühen 90er – geht aber bereits ins 5. Monat. Das Regime setzt auf Repression – internationale Solidarität ist gefordert! **Seite 12**

Schwerpunkt

Die Hungerkatastrophe in Afrika ist nicht bloß die Folge einer Dürre sondern der kapitalistischen Politik. Ursachen, Hintergründe und Lösungen werden hier diskutiert. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 202 | 10.2011

Korruption bekämpfen. Profiteure enteignen!

Grasser, Strasser, Meischberger, Hochegger, Mendendorff-Pouilly, Scheibner, Brandstätter, Faymann, Schüssel, Scheuch... die Liste derer, die in letzter Zeit mit Korruptions- und Bestechungskandalen verbunden werden, ist endlos und liest sich wie das Who-is-who der österreichischen Politik und Wirtschaft. Ihre Dreistigkeit verschlägt uns schier den Atem – Die bekommen für einen Telefonanruf das, was wir im Jahr verdienen. Aber alle Beträge, die unter dubiosen Umständen geflossen sind, haben etwas gemeinsam: Das ist unser Geld, mit dem da jongliert wird.

Er abcasht, hat er dieses Geld nicht „verdient“. Den Wert schufen die ArbeiterInnen und Angestellten der Firmen, die diese Leute besitzen. Wenn wir also die Enteignung der Verantwortlichen fordern, holen wir uns nur das zurück, was uns sowieso zu steht.

Blau-schwarz Besonders unter der blau-schwarzen Regierung konnten sich korrupte PolitikerInnen und LobbyistInnen bei Privatisierungen mit Schein- und Beraterfirmen bereichern. Doch die Parteien vertreten kaum mehr verschiedene Weltbilder, sondern Konzerne



Fotomontage: Copyleft, Alex Swoidl

Korruption ist nicht moralische Schwäche einiger Individuen, sie ist „part of the game“ Kapitalismus.

Die Telekom-ManagerInnen schanzten sich fette Boni für erlogene Kurse zu und bauten gleichzeitig massiv Stellen ab. Wenn Mendendorff-Pouilly seine Kumpanen zur Jagd lädt und dafür noch für „Beratertätigkeit“ mäch-

und Banken. SPÖ-Ederer ist Siemens-Chefin, ÖVP-Schüssel berät RWE beim AKWs bauen.

Im Konkurrenzkampf der Unternehmen ist es notwendig, sich einen Platz am Markt zu sichern. Da-

zu sind gute Kontakte in die Politik wichtig. Der Nährboden für Korruption ist das System, das Wenige reich und Viele arm macht. Dieses System Kapitalismus ist in der Krise – Wie 2008 steht die Welt vor einem wahrschein-

lichen Crash des Finanzsystems. All die schönen Worte der Herrschenden waren nichts als heiße Luft. Weltweit häufen sich Aufstände und Rebellionen gegen dieses System. Die SLP kämpft mit Schwesterorganisationen in über 40 Ländern für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Korruption – Jetzt ist die Zeit, aktiv zu werden! **Sebastian Kugler**

Die SLP fordert:

- Aufklärung der Fälle durch ArbeiterInnenorganisationen
- Enteignung der Verantwortlichen
- Durchschnittsgehalt und jederzeitige Abwählbarkeit für PolitikerInnen
- Schluss mit dem Profitssystem – Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Vor vielen Jahren, als ich in der SPÖ-Jugendorganisation aktiv war, hat die Gruppe um die Zeitung Vorwärts die Forderung „Durchschnittseinkommen für PolitikerInnen“ aufgestellt. Unsere damaligen KontrahentInnen in der SJ sitzen heute auf SPÖ-Posten mit Spitzenbezügen: Kai Jan Krainer (mind. 8160.-), Andreas Schieder (mind. 14.688.-), Sonja Wehsely (mind. 14.688.-), Martina Ludwig-Faymann (mind. 6528.-). Pro Monat! Ihr Argument gegen unsere Forderung war damals, hohe Einkommen für PolitikerInnen wären nötig um „gute Leute“ zu bekommen und damit diese „nicht käuflich“ sind. Bezüglich

Warum PolitikerInnen soviel verdienen müssen

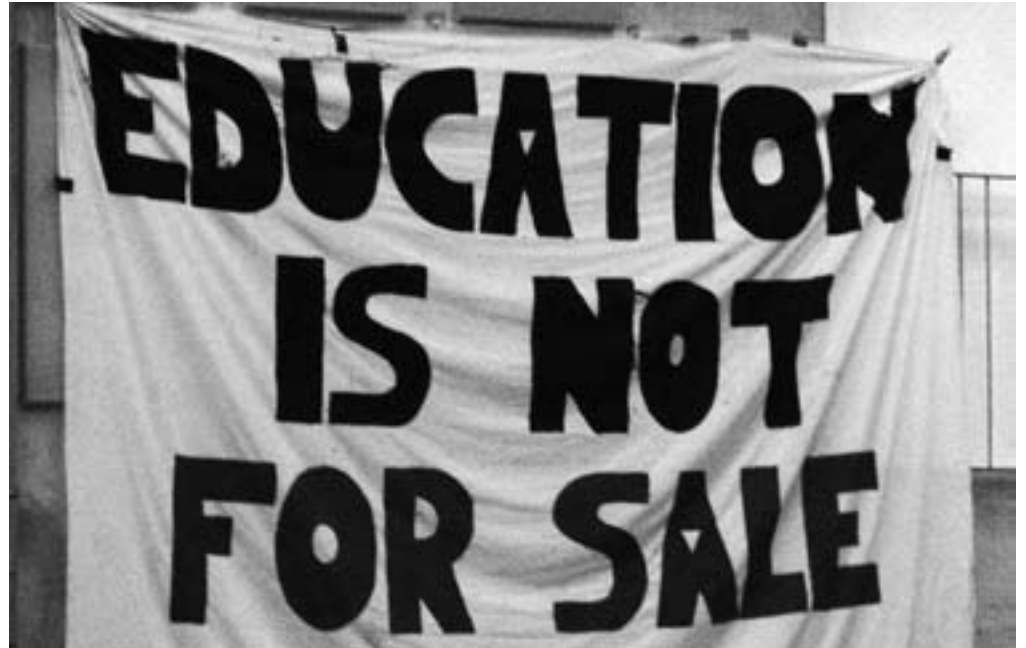
der Qualität diverser PolitikerInnen sind Zweifel zumindest berechtigt. Und der Schutz gegen Korruption ist offenbar nicht gegeben.

Die aktuell bekannt werdenden Korruptionsskandale mögen besonders ekelhafte Bereicherungsversuche von PolitikerInnen aufzeigen. Doch sie sind nur die Spitze des Eisberges und normaler Bestandteil der kapitalistischen Politik. Diese lebt davon, sich mit allen Mitteln einen Vorteil am Markt zu verschaffen. Schmiergelder können teilweise sogar steuerlich abgesetzt werden! Die Grenzen zwischen legalem und illegalem Schmiergeld sind angesichts tausender „BeraterInnen“ und „Lobbyisten“ fließend.

Wenn nun über eine schärfere Bekämpfung der Korruption nachgedacht wird, so ist das bestenfalls halbherzig. Denn diese ist „part of the game“ Kapitalismus. Darum sind auch alle Parteien in der einen oder anderen Form involviert. Wobei die Intensität natürlich in direktem Verhältnis zum politischen Einfluss steht. Der beste Schutz gegen korrupte PolitikerInnen ist eine kämpferische Basis, die ihren VertreterInnen nur ein Durchschnittsgehalt bezahlt, sie kontrolliert und – gegebenenfalls – abwählt. Die PolitikerInnen werden eine solche Forderung im Eigeninteresse wohl nicht unterstützen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien, | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, | Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U | Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Wessen Bildung? Unsere Bildung?!

Österreichs Bildung steckt in der Krise! Im November läuft das von Androsch (SPÖ) und Schilcher (ÖVP) initiierte „Bildungsvolks-

und die ÖVP wieder Stim-mung für weitere Zugangsbeschränkungen an Österreichs Hochschulen in Form von Studiengebühren. Für

zehn reichsten ÖsterreicherInnen besitzen 63,5 Milliarden €. Wir müssen uns das Geld nur holen!

Wir wollen demokrati-

Katastrophe Bildungswesen: Lehrende und Lernende dürfen wieder mal nicht mitreden!

begehren“ an (Vorwärts berichtete, siehe www.slp.at). Schon wegen seiner Ellbogenlogik (nur der/die Stärkste kommt durch) und seiner Ausrichtung auf wirtschaftliche Interessen kann es an der Misere nichts ändern. Auch zentrale UnterstützerInnen (Industriellen Vereinigung, Wirtschaftsforum der Führungskräfte, etc...) verdeutlichen dies.

Nun machen Wissens-schaftsminister Töchterle

Töchterle sei es „unzumutbar“ so zu tun, als könne Jeder jederzeit einen Studienplatz bekommen.

ÖH und Lehrkräfte versucht er mit dem Schman-kerl „Unimilliarde“ zu ködern. Diese soll aber erst durch die Kürzungen an Familien- und Wohnbeihilfe sowie die Einführung von Studiengebühren finanziert werden. Stattdessen brauchen wir eine Bildungs-milliarde ohne wenn und aber und sofort. Die

sche Universitäten die allen Menschen, gleich welcher Herkunft, frei zugänglich sind. Für uns ist es positiv und keine Belastung, wenn Menschen lernen wollen. Nur durch den gemeinsamen Kampf von Studierenden und Lehrenden für wirklichen freien Hochschulzugang und die Verbindung zu anderen Kämpfen gegen Sozialabbau können die neuesten Angriffe abgewehrt werden.

Moritz Erkl

Bildung für alle statt Eliteunis für wenige

Zügige Ausbildung, modernste Ausstattung und im Anschluss einen sicheren Arbeitsplatz – so kann Studieren auch aussehen. Wer es sich leisten kann (144.000 Euro kostet die Zahnmedizinausbildung an der DPU in Krems) genießt an einer Privatuni-versität einen Komfort von dem „normale“ Studierende nur träumen können. Zur Zeit gibt es 13 akkreditierte Privatuni-versitäten für ca. 6.300 Studierende sowie noch

dutzende weitere in Österreich. Sie bekommen Subventionen nicht nur durch private Spenden sondern v.a. auch von der öffentlichen Hand. Im Subventionsbericht 2010 des Landes Salzburg z.B. erhielt die Paracelsus Privatuniversität sieben-mal mehr Geld als die (öffentliche) Uni Salzburg vom Land und zwar fast drei Millionen Euro. Für Privatuniversitäten ist also Geld da, für die öffentliche Bildung nicht?!



Freiheitliche wollen Schuluniformen

Die „Junge FPÖ Burgenland“ fordert Schuluniformen. Auch Dominik Nepp (Wiener FPÖ Jugendsprecher), der auch verpflichtendes Deutsch in den Pausen einführen möchte, und Dörfler (Kärntner FPK-Landeshauptmann) möchten damit angeblich ein stärkeres „Wir-Gefühl“ sowie ein Abkommen vom „Markenzwang“ herbeiführen.

Das Markenproblem wird durch Schuluniformen nicht gelöst sondern verlegt sich stattdessen

nur auf Schuhe oder Uhren. Schuluniform bedeuten zusätzliche Kosten für Eltern und erschweren für ärmere Schichten und MigrantInnen die Schulauswahl! Tatsächlich werden hier wieder mal hinter dem Vorwand „sozial“ rassistische Ideen verbreitet. Denn als nächstes wird wohl festgestellt das ein Kopftuch „natürlich“ nicht Teil der Uniform ist und daher „leider“ nicht mehr getragen werden kann.

Die SPÖ als neue Sozialpartei?

Die SPÖ versucht mit Sozialem zu punkten – und liefert sich nur ein populistisches Duell mit der FPÖ.

Krise der Parteien Die ÖVP steckt durch den Telekom-Skandal und innerparteiliche Konflikte in der Krise. Die FPÖ bekommt durch die Konfrontation mit frisch aufgedeckten Skandalen gar nicht erst die Möglichkeit, braune Rülpsen von sich zu geben. Die SPÖ dagegen versucht, sich mit Forderungen wie der nach einer Vermögenssteuer einen frischen Anstrich zu geben und sich als soziale Partei zu profilieren.

Die Verbürgerlichung der SPÖ und ihr neoliberaler Kurs waren der Hauptgrund für das Absacken der SPÖ und den Aufschwung der FPÖ. Ist dadurch, dass die Sozialdemokratie nach dem Sozialabbau der letzten Jahre einen scheinbaren Kurswechsel anstrebt,

die rechte Gefahr überwunden? Keineswegs.

Erstens steckt hinter den Aussagen nicht viel mehr als leerer Populismus, der bei ArbeiterInnen punk-



ten soll. Während Häupl am Wiener SP-Parteitag im Mai gepredigt hat, es sei eine „gerechte Verteilung“ als Grundlage einer „gerechten Gesellschaft“ notwendig, merkt man von dieser „Gerechtigkeit“ in der Realität nichts. Im Gegenteil: Mit der geplan-



ten Schließung von fünf Spitälern und der Gebührenerhöhung in Wien zeigt die SPÖ, wofür sie wirklich steht: für Massenbesteuerung, die aufgrund

der Nicht-Unterscheidung sozialer Schichten oder Klassen unsozialer nicht sein könnte.

Zweitens ist wird bald klar, das der Kurswechsel ein vorgegaukelter ist. Jetzt steht die SPÖ zwar in den Umfragen noch vor ÖVP und FPÖ. Das ist al-

lerdings auf die Schwäche von letzteren zurückzuführen und nicht auf ein gestiegenes Vertrauen in die SPÖ. Und diejenigen, die jetzt noch auf sie setzen, werden dann umso enttäuschter sein, wenn sich der vermeintliche Kurswechsel als leerer Populismus herausstellt. Dann ist die Gefahr groß, dass sie dann beim nächsten Mal erst recht zu den Freiheitlichen überlaufen.

Wir brauchen eine wirklich neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche. Diese könnte zu einer Massenbewegung mit Forderung wie nach einer Vermögenssteuer aufrufen und Bewegungen gegen den Sozialabbau auch der SPÖ organisieren. Und die FPÖ wirklich zurückdrängen. **Simon Nagy**

Der rechte Rand

Rechte Gewalt nimmt zu

Laut Statistik des Innenministeriums stiegen rechtsextreme Straftaten im vergangenen Jahr um 28% auf 580 an. Diese offizielle Zahl ist weit untertrieben. Viele rechte Straftaten werden von Polizei und Justiz nur als „Lausbubenstreiche“ verharmlost. Gewalttätige Nazis verschwinden als „Fußballfans“ in der Statistik. In den Medien wird zwar viel über angeblich gewalttätige Linke (Sachbeschädigung) geschrieben, aber der hohe Anteil von Gewalt bei rechtsextremen Delikten kommt selten zur Sprache. Alltagsrassismus, rassistische Übergriffe durch die Polizei und staatliche Diskriminierung fehlen in der Statistik sowieso. So hält der Staat seine schützende Hand über die rechte Szene, denn oft stört es ihn gar nicht, wenn Rechte gegen Linke oder auch GewerkschafterInnen vorgehen.

Welser Nazi enttarnt

Bei der illustrierten „Wels im Bild“ ist ein Neo-Nazi Kader aufgefliegen. Andreas Thierry arbeitet unter dem Namen „Andreas Reichl“ als Journalist. Die Schlüsselfigur der deutschen und österreichischen Faschoszene hatte sich einen Namen als „Theoretiker“ gemacht. In den 90ern war er FP-Straches „Wehrsport-Kamerad“. Er wurde nun entlassen, zwei Kader des faschistischen „Bunds freier Jugend“ arbeiten weiter für das Verlagshaus Moser. Auch die wegen rassistischer Sprüche aus der Modelshow gefeuerte Berghan ist dort beschäftigt. Wels ist für faschistische Umtriebe bekannt. Erst im Juli wurden dort sieben AntifaschistInnen brutal überfallen (Schädelbrüche).

Alles wie geschmiert im Staate Österreich

Laut Gallup-Umfrage 2009 haben 9% angegeben, Schmiergeld bezahlt zu haben. Und da sind die Politik- und Wirtschaftspitzen nicht dabei. Der EU-Schnitt liegt bei ca.5%. Die Dunkelziffer ist höher, die „dicken Fische“ spielen in einer anderen Liga. Das geht vom Kauf von Staatsbürgerschaften, über Vorteile fürs eigene Unternehmen bis hin zu Schmiergeldzahlungen für die Erteilung von Aufträgen.

- Kärnten war wegen Staatsbürgerschaftsverkäufen ja schon im Gerede. In HYPO-Aktenvermerken tauchten dubiose Sparbücher aus dieser Ära und in dem Zusammenhang auf. Jeweils mit knapp unter 15.000 € (keine Legitimationspflicht)
- Der BAE Rüstungskonzern hat sich mit 400 Mio. Dollar von einer Anklage freigekauft. Der Waffenlobbyist

- Mensdorff-Pouilly profitiert davon und wurde in dieser Sache auch nicht angeklagt.
- Beim BUWOG-Deal sollen für „Berater-tätigkeit“ 9,6 Mio. geflossen sein – 7,7 für Meischberger und 1,9 für Hohegger.
- Gorbach hat ein Telekomgesetz geändert – dafür soll seine Sekretärin 264.000 € bekommen haben.
- Rund drei Mio. Euro Privatvermögen hat

Grasser in Stiftungen in Liechtenstein angelegt – es ist schwer nachvollziehbar, woher das Geld stammt. Für alle gilt die „Unschuldsumme“.

Bis zu fünf Millionen €/Monat kann ein Lobbyist verdienen. EinE österreichischeR DurchschnittsverdienerIn müsste 412 Jahre arbeiten um diese Summe zu verdienen.

Quellen: Format“ Nr. 05/11 vom 04.02.2011, Kuch, K(2011): Land der Diebe, ecowin Salzburg; www.gruene.at, www.wien-konkret.at, ; News 38/2011

Richtungsentscheidung

Nach dem 2. Weltkrieg fand der kapitalistische Wiederaufbau statt. Die ÖVP-SPÖ-Regierung setzte ab 1947 Verschlechterungen für ArbeiterInnen durch. Diese sog. "Lohn-Preis-Abkommen" wurden gemeinsam mit Unternehmer-Vertretung, Medien und Gewerkschaftsspitze ausgehandelt. Sie begründeten die Sozialpartnerschaft.

1950 stand das 4. Abkommen an, welches das Fass zum Überlaufen brachte. Gegen den Willen der Bürokratie kam es "von unten" zu koordinierten Streikaktionen in einigen Großbetrieben. Aus diesen entwickelte sich tatsächlich ein Generalstreik, der aus

**Frisch gekämpft,
ist halb gewonnen!**

Sicht der Herrschenden niedergeschlagen werden musste. Die größten Teile der ÖGB-Führung zählten zu ebendiesen. Um die Streik-Solidarität zu brechen, griff die ÖGB-Bürokratie nicht nur zum Mittel der Lüge ("drohender KPÖ-Putsch"), sondern auch zum Einsatz von Streikbrechern und Schlägerbanden.

1980 bekannte der Erfinder der Putschlüge, Fritz Klenner, in einem Anfall von Ehrlichkeit, dass bei einem positiven Ausgang des Streiks vielmehr die Gefahr bestand, dass es eine "radikal ausgerichtete Gewerkschaftspolitik" hätte geben können. Doch gerade diese kämpferische Politik würde der gesamten Gewerkschaftsbewegung heute angesichts der kapitalistischen Krise und dem Sozialkahlschlag sehr gut zu Gesicht stehen.

Uns muss jedoch klar sein, dass eine solche Neuorientierung der Gewerkschaften wohl auch gegen den Widerstand der privilegierten BürokratInnen durchgesetzt werden muss.

Franz Neuhold



Heißen Herbst vorbereiten!

Am 4. Oktober beginnen die Herbstlohnrunder 2011. Wie jedes Jahr verschanzen sich eine Handvoll GewerkschaftsbürokratInnen

in der Gewerkschaft gültig ist. Dazwischen liegen die Verhandlungsrunden – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Offensicht-

ten (die zur Zeit von Industriellenvereinigung, WKO, FPÖ und EU vorbereitet wird) zu verhindern, müssen sich vor allem Ba-

katalog und (Kampf)maßnahmen zur Durchsetzung müssen von den ArbeiterInnen selbst in Betriebsversammlungen disku-

Für öffentliche Verhandlungen & Urabstimmungen statt StellvertreterInnenpolitik!

mit WirtschaftsvertreterInnen im Verhandlungsraum und diskutieren stellvertretend über Lohnerhöhungen und Arbeitsbedingungen. Die Basis wird nicht eingebunden. Das fängt beim Forderungskatalog an – Gewerkschaftsmitglieder dürfen ihn nicht zu Gesicht bekommen oder gar mitbestimmen – und zieht sich durch bis zum Ergebnis – ein fauler Kompromiss, der ohne Abstim-

lich und zurecht haben die Gewerkschaftsbözen Angst vor der eigenen Basis. Mit dieser haben sie ja weit weniger Gemeinsamkeiten als zum Beispiel mit den Verhandlungs-"partnerInnen". Viele FunktionärInnen sind wegen ihrer Politik bei der Mitgliedschaft alles andere als beliebt. Austritte und Passivität sind das Resultat.

Um eine weitere Schwächung der Gewerkschaft-

sismitglieder organisieren und mit offensiven Forderungen gegen die bürokratische Führung antreten. Mit kämpferischer Gewerkschaftspolitik lassen sich viele Mitglieder neu- oder zurückgewinnen. Gerade während der Lohnrunden würde das viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Eine wichtige Forderung ist ein transparenter Verhandlungsablauf. Der Forderungs-

tiert und beschlossen werden. Die Verhandlungen müssen öffentlich stattfinden – zum Beispiel über Livestream im Internet. Vor Abschluss der Verhandlungen muss eine Urabstimmung das Ergebnis bestätigen oder ablehnen und nächste Schritte vorbereiten. Doch das ist mit der jetzigen Führung nicht möglich, dafür brauchen wir eine ganz andere Gewerkschaft. **Flo Klabacher**



GdG - GPA/djp - ÖGB: Was tut sich in der Gewerkschaft?

Ende September fanden der Jugendkongress der GPA-djp und der Gewerkschaftstag der GdG-KMSfB statt. „Der Jugendkongress war sehr viel unpolitisch als der letzte“ erklärte ein Teilnehmer. Die beschlossenen Anträge waren allesamt Briefe ans Christkind, denen keinerlei Konsequenz zur Handlung folgen wird. Weil das auch allen klar war sind Anträge wie „Kapitalismus abschaffen“ ohne Debatte einstimmig (also auch

mit den FCG/ÖVP-Stimmen) beschlossen worden! Trotzdem ist es positiv, dass auf Antrag von SLPlerInnen die Ablehnung des WKR-Balles und die Unterstützung für die streikenden ÖlarbeiterInnen in Kasachstan beschlossen wurden.

Beim Gewerkschaftstag der GdG war von der großen Kampagne der Hauptgruppe II in Wien (siehe S. 5) kaum was zu sehen. SPÖ-PolitikerInnen wurden hofiert. Die Kam-

pagne jener KollegInnen im Gesundheitswesen in Wien, die sich gegen die von SPÖ-PolitikerInnen verschuldeten Missstände wehren, musste mit der Lupe gesucht werden!

Im ÖGB hat die SLP die Initiative ergriffen, den ÖGB-Bundesvorstand von verschiedenen gewerkschaftlichen Strukturen aus aufzufordern, sich gegen den WKR-Ball 2012 (siehe Rückseite) auszusprechen und aktiv dagegen zu mobilisieren.

Oberösterreich: Demo gegen Schotterabbau

„Anshober schau nicht weg, wir wollen keinen Staub und keinen Dreck“ – unter diesem Slogan marschierten mehr als hundert Menschen am Freitag, den 9. September vom Linzer Volksgarten zum Landhaus. Der Protestmarsch wurde von der Plattform „Rettet den Pichlingersee“ organisiert. Die SLP war mit dabei.

Der Pichlingersee ist ein Naherholungsgebiet im Südosten von Linz an der Stadtgrenze zu Asten. Viele Menschen kommen gerne zum – kostenlosen – Baden, Sonnen und Relaxen, Joggen und Radfahren und im Winter zum Eislaufen am zugefrorenen See. Kaum 150 m vom See entfernt will „Schotterbaron“ Glisic bis 2018 Schotter abbauen. Die Menschen, die am See Erholung suchen, fürchten zu Recht Lärm, Staub und Abgase durch den Abbau und die 80-120 LKW, die pro Tag verkehren würden, um den Schotter abzutransportieren. Eine notwendige Tankanlage am See würde das Grundwasser, das den See speist, gefährden.

Von Anfang an regte sich Widerstand gegen das Projekt. Die Plattform „Rettet den Pichlingersee“, hat über 6.000 Unterschriften gegen die geplante Schottergrube gesammelt. Doch die Hoff-

nung auf Unterstützung durch die Grünen erweist sich als Illusion.

Der Juniorpartner in der schwarz-grünen Koalition auf Landesebene steht nicht auf Seiten der Erholung Suchenden. Landesrat Anshober bietet sich zwar als „Vermittler“ an, spricht sich zugleich aber öffentlich für einen zwei Meter hohen Erdhügel zwischen See und Schottergrube aus, um Lärm und Staub „auf ein erträgliches Maß“ zu reduzieren. So soll der Schotterabbau ohne größeren Widerstand ermöglicht werden.

Die schwarze Mehrheit im Land steht klar hinter dem Schotterprojekt, das hohe Profite verspricht. Laut Oberösterreichischen Nachrichten soll der in Pichling ausgehobene Schotter für die Betonwände des geplanten Westrings dienen (der Linzer Westring ist ein teures unterirdisches Autobahnprojekt, das unter finanzieller Beteiligung von Stadt und Land gegen Proteste der AnrainerInnen durchgezogen werden soll).

Auch die blaue „Heimatpartei“ weiß, auf welcher Seite sie steht. Haimbuchner hat als zuständiger Landesrat bereits die Genehmigung für den Schotterabbau erteilt. Damit sind weitere Protest- und Widerstandsaktionen vorprogrammiert.

Gerhard Ziegler



Sarrazin & Fekter: Rassisten & Hetzer

Die jüngsten Anschläge in Norwegen führten drastisch vor Augen, wohin eine Politik der Hetze ge-

bekämpft jeden Rassistus – egal ob von Sarrazin (SPD), ÖVP oder FPÖ.

Die SLP organisierte da-

date in Landtag und Gemeinderat hat?

Bemerkenswert waren die Gäste von Sarrazins

Demonstration gegen Thilo Sarrazin anlässlich seines Besuchs in Graz

gen MigrantInnen führen kann. Dennoch oder deswegen (?) lud Fritz Grilitsch (Präsident des ÖVP-Bauernbundes), Thilo Sarrazin am 29.09.2011 nach Graz ein, um einen Vortrag über Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ zu hören. Sarrazin ist bekannt für rassistische und biologistische Aussagen wie "Je niedriger die Schicht, umso höher die Geburtenrate." Die SLP

her gemeinsam mit Anderen Proteste gegen den Sarrazin-Besuch. Wir hatten eine größere Demonstration zum Veranstaltungsort vorgeschlagen, v.a. KJ/KSV wollten aber im Wesentlichen ein Interkulturelles Fest am Hauptplatz machen. Trotzdem kamen ungefähr 100 Antifaschisten zur lautstarken Protestaktion vor Ort. Da stellt man sich die Frage: Wo war die KPÖ, die Man-

Gastvortrag: Sie kamen eigentlich fast ausschließlich mit A-Klasse Autos zur Veranstaltung – waren also keine Kleinbauern, sondern eher GroßunternehmerInnen. Darunter hohe FunktionärInnen der ÖVP sowie der FPÖ, wie auch H.C. Strache. Ob hier nicht nur inhaltlich sondern auch personell ein neuer Versuch für schwarz-blau vorbereitet wurde?

Jakob Rößle

Zeit für Menschlichkeit Zeit zu kämpfen!

Es reicht schon lange! Das war die Meinung von rund 1000 Beschäftigten aus dem Wiener Gesundheitssystem, die am 14. September vor dem Rathaus einen wütenden Protest gegen Sparpläne durchführten. Aufgerufen hatte die Gewerkschaft GdG.

Fünf Spitäler sollen geschlossen werden. 20% des Personals sollen in kommenden Jahren abgebaut werden. Viele KollegInnen sind schon jetzt ausgebrannt. Sie fordern mehr

Investitionen für den Gesundheitsbereich. Die Gewerkschaft befragte die Beschäftigten zum Thema. 10.000 beteiligten sich. 80% sind zu betrieblichen Kampfaktionen bereit, mehr als 2/3 zu Streiks!

Die KollegInnen erwarten sich eine Umsetzung der Forderungen auch mit konkreten Kampfmaßnahmen. Auch die Bevölkerung muss mobilisiert werden – zum Beispiel durch eine Solidaritätsdemonstration.

Christian Bunke

Termin des Monats

18.-20. NOV 2011

SLP
Sozialistische Linkspartei

FIGHT THE POWER!

3 TAGE THEORIE & PRAXIS

Eurokrise ✳ Slutmärsche ✳ Reichenbesteuerung ✳ Schutz gegen Abschiebungen ✳ Alternativen zum Kapitalismus ✳ Neue Protestformen ✳ Arabischer Frühling ✳ Bildungsbewegungen ✳ WKR 2012

Drei Tage Diskussion über Theorie & Praxis des Widerstands.

MIT INTERNATIONALEN GÄSTEN

www.slp.at

AMERLINGHAUS
WIEN / STIFTGASSE 8

Was in den 1970er Jahren vor allem im 7. Bezirk begann, fand in anderen Teilen Wiens seine Fortsetzung. Dass die alten Biedermeier-Häuser damals zum Abriss freigegeben wurden, weiß heute kaum jemand von den BewohnerInnen des Spittelbergs. Unter anderem die Besetzung des „Amerlinghauses“ verhinderte, dass ein neues Viertel aus dem Boden gestampft wurde. Aus den alten Häusern wurde innerhalb weniger Jahre ein IN-Grätzl, das jetzt zum Weltkulturerbe zählt. Von den damaligen BewohnerInnen könnte sich heute niemand mehr die Miete leisten. Das die Gemeinde Wien das Kulturzentrum Amerlinghaus fi-

Rote Seitenblicke

nanziell ausblutet, geht in dieselbe Richtung: Raus mit den linken QuereelerInnen, rein mit finanzkräftigen hippen Boutiquen.

Andere Gebiete innerhalb des Gürtels zogen nach und seit einigen Jahren sind auch die „Außen“-Bezirke betroffen. Vor allem Viertel rund um Märkte erfahren die „schleichende Aufwertung“ und damit die sukzessive Verdrängung der ursprünglichen Bevölkerung („Gentrifizierung“). Karmelitermarkt, Meiselmarkt und Brunnenmarkt werden aufgewertet und die Mieten schmalzen in die Höhe. Wer schon vorher dort gewohnt hat, wird noch einige Zeit durchhalten, viele müssen aber mittelfristig in billigere Gegenden ziehen. Die neuen BewohnerInnen müssen sich die Mieten auch leisten können (€ 15,-/m² im „hippen Brunnenviertel“ für eine neu angemietete Wohnung sind keine Seltenheit). Schließlich gehören sie auch einer völlig anderen sozialen Schicht an.

Herbert Wanko

Der extrem-sportliche Flügelverleih

Kommerzialisierung extrem: Wem nützt Red Bull im Sport?

Dietrich Mateschitz war ursprünglich bloßer Lizenzinhaber eines thailändischen Energydrinks und ist nunmehr einer der reichsten Männer Österreichs. Er gilt wohl als ehrenwerter Mann - wie sonst könnte es sein, dass er sein(?) Vermögen gar so üppig unter das sportelnde Volk bringt!

Freilich, der abenteuerlustige Unternehmer kann es sich leisten: Nach jüngsten Schätzungen hat sich allein der „Markenwert“ von Red Bull auf 13,4 Mrd. EUR gesteigert; im Geschäftsjahr 2010/11 wurde mit den schlanken Dosen ein Umsatz von 3,785 Mrd. EUR erzielt. Doch Mateschitz' großzügiges Sportsponsoring entspringt keiner Selbstlosigkeit, sondern gehört

zu einer Marketingstrategie, die sicherstellt, dass die Gewinne im Hause Red Bull weiter sprudeln.

Dem Image der Marke entsprechend setzt der



Konzern seit jeher auf sog. Extremsportarten: „Für Red Bull genügt es nicht, dass man sich wie jeder ‚gewöhnliche‘ Skistar mit 130 Stundenkilometer eine Abfahrt runterwagt. Man muss schon aus 9.000 Metern Höhe mit selbstgebastelten Flügeln den Ärmel-

kanal überqueren wollen, um unterstützt zu werden“, heißt es selbstbewusst auf der Website „diemarke.at“. Dazu kommen Air-Races, Sky-Jumping oder Tri-

al-Biking, Wiewohl - der weltweit größte Papierfliegerwettbewerb, der unter dem Namen „Red Bull Paper Wings“ veranstaltet wird: Der hat schon fast wieder Charme.

Dass die gesponserten SportlerInnen von Mateschitz'

geschäftlichem Erfolg insofern profitieren, dass sie sich ihrem Treiben widmen können und manche dabei - wie etwa in der Formel 1 - selbst kräftig abkassieren ist ein Aspekt. Doch da wären noch ein paar „Kleinigkeiten“: Zum Beispiel, dass hierzulande immer mehr Kinder immer dicker werden - weil sie selbst immer weniger Bewegung haben, wenn sie - eine Dose Red Bull in der Hand - dem Sebastian Vettel beim Im-Kreisfahren zuschauen. Dass die TeilnehmerInnen an den Wettbewerben gratis als Werbeträger erhalten müssen. Oder: Dass die ArbeiterInnen in den Produktionsstätten für einen Bettel schufteten.

Alexander Svojtko

Digitale Revolution & Kunst für ALLE!?

Seit 1979 geht die *Ars Electronica* dem künstlerischen Potenzial der digitalen Revolution sowie den aus den neuen Technologien resultierenden sozialen Konsequenzen auf den Grund. Heuer stand die Frage nach dem Ursprung allen Seins („origin“) im Mittelpunkt. 1986 wurde erstmals der *Prix Ars Electronica* an innovative NetzkünstlerInnen verliehen. Die *Goldene Nica* gilt mittlerweile als der *Oscar of cyberarts*, der digitalen

Künste und Medien. 2009 ging der Preis in der Kategorie *Digital Communities* an eine kritische Blogger-Gemeinschaft aus Kolumbien. In derselben Kategorie wurden Wikileaks und das schwedische Piratenbüro unter dem Motto „Information möchte frei sein“ ausgezeichnet; 2010 der CCC (Hackerclub) und #unibrennt. 1996 bekräftigte die Stadt Linz den sozialkritischen Ansatz des Festivals mit der Gründung des *Ars Electronica Centers* und

des *Futurelabs*. An das AEC gingen allein 2010 6,6 Millionen Euro des Budgets (€ 52,3 Mio.). Die *Ars Electronica* bringt dem Industriestandort Linz Prestige und großes Medienecho. Es braucht aber viel mehr alternativer Kulturprojekte in dieser Art, autonome Zentren und Hackerspaces, statt nur dieses einen großen Projekts.

Pablo Hörtner, Netzaktivist





Afrika – Ein Kontinent im Elend:

Hunger & Kapitalismus

Afrika ist der fruchtbarste Kontinent der Welt und bietet mehr Agrarfläche als jeder andere. Dennoch leiden ständig ca. 500 Millionen Menschen Hunger. Nach einer mehrjährigen Dürre ist Ostafrika (Äthiopien, Somalia, Dschibuti, Kenia) derzeit besonders betroffen: mehr als 12

dem Weltmarkt wichtig ist. Und sie sind arm – und damit als Absatzmarkt unbrauchbar.

Krieg, Aids, Hunger, Elend: das sind die Begriffe die den meisten einfallen, wenn sie an Afrika denken. Bilder von abgemagerten Kindern, ausgebrannten Dörfern und verdorr-

AfrikanerInnen in Armut sind es heute 50%. Trotz des Engagements prominenter Figuren wie Bill Gates oder Bono gegen Aids sind alleine in Südafrika fünf Millionen Menschen mit HIV infiziert und täglich sterben ca. 1.000 SüdafrikanerInnen in Folge des Virus. Unbeachtet von „Live Aid“

Nur die wenigsten schaffen es in reichere Länder. Die meisten scheitern und viele sterben auf dem Weg, in Flüchtlingslagern, bei dem Versuch, auf überfüllten Booten übers Meer zu kommen oder in den Elektrozäunen der „Festung Europa“.

Doch wie kann es sein, dass ein so fruchtbarer Kontinent hungert? Was Bodenschätze angeht ist Afrika reicher als alle anderen Kontinente. Öl, Diamanten, das begehrte Kupfer, Gold...sollten eigentlich helfen Armut auszuschließen. Warum gehen die meisten leer aus, obwohl sie sich zu Tode schufteten? Sind die Regierungen schuld? Ist Afrika unfähig sich selbst zu regieren? Ist „die afrikanische Kultur“ oder „Rückständigkeit“ für Krieg, Diktatur und Korruption verantwortlich?

„Irgendwie schon“, meint sinngemäß Dambisa Moyo, neoliberale Vor-

denkerin aus Sambia. Die afrikanischen Regierungen verließen sich auf die Entwicklungshilfe und seien faul. Man müsse die Zahlungen an strikte Bedingungen knüpfen und so Afrika zu wirtschaftlicher Stabilität zwingen. Die Märkte sollten regulieren. Solche letztlich rassistischen Denkmuster haben ihren Ursprung noch in der Kolonialherrschaft der alten, mächtigen Imperien Europas. Dass sie heute von WEF, EU und anderen erneut als „Hoffnung für Afrika“ gefeiert werden verrät viel.

Der Hunger ist Afrika ist weder das Ergebnis von „Rückständigkeit“ noch selbst verschuldet. Auch die Dürre ist in einer globalisierten Welt nur eine Ausrede. Dieser „Vorwärts Schwerpunkt“ widmet sich der Frage nach den Ursachen für das Elend Afrikas und wo die Verantwortung dafür liegt.

Tilman M. Ruster

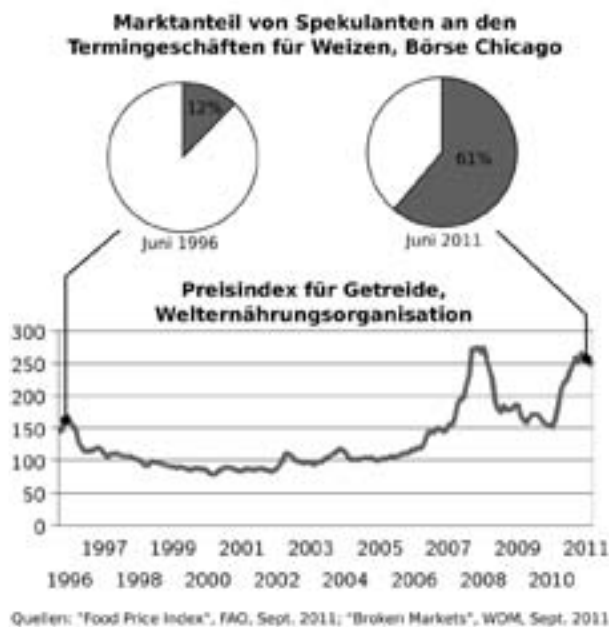
Wie kann es sein, dass es im 21. Jahrhundert noch Hunger gibt?

Millionen Menschen sind akut betroffen, zehn Millionen auf der Flucht, weil sie nichts mehr zu Essen haben. Hunderttausende sind bereits tot, Millionen weitere davon bedroht. Die täglichen Katastrophen sind Medien und Politik hierzulande kaum noch Randnotizen wert. So brutal es klingt: Ob in Afrika Millionen Menschen verhungern bedeutet im Kapitalismus nichts. Sie produzieren nichts was

ten Feldern. Zurecht meinen viele Menschen: „Wir müssen helfen!“ Und tatsächlich: Unzählige private Spenden gingen in den letzten Jahrzehnten nach Afrika – für Brunnenbauprojekte, Schulen, Saatgut... Dazu wurden in den letzten 50 Jahren alleine zwei Billionen Dollar an staatlicher Entwicklungshilfe nach Afrika gezahlt. Trotzdem wird die Situation immer schlimmer: Lebten 1970 noch ca. 10% der

und hunderter anderer Benefizkonzerten für Afrika versinkt der Kontinent in Armut und Krieg.

Es ist kein Wunder, dass Millionen AfrikanerInnen alles aufgeben, was sie haben. Sie lassen ihre Heimat und alles was sie kennen zurück und flüchten. Sie wollen kein „besseres“ Leben, sie wollen überhaupt ein Leben. Nicht einmal dieses kann ihnen ihre Heimat geben.



Zahlen & Fakten zur Bildungsmisere in Österreich

Was ist Hunger?

- > Hunger bedeutet das Mindestmaß von 1.800 Kalorien/Tag über einen längeren Zeitraum nicht zur Verfügung zu haben. Fast jeder vierte Mensch lebt unter der Armutsgrenze und ist permanent von Hunger bedroht.
- > 90% jener, die an Hunger sterben, sterben an chronischer Mangelernährung.
- > In Afrika sind es vor allem Kriege und Nahrungsmittelspekulation, die die Menschen in Armut und Hunger treiben, Dürre spielt eine untergeordnete Rolle. Die heimischen Preise steigen und die Bevölkerung kann sich nicht versorgen: in Somalia ist der Preis für rotes Sorghum um 350 % im Vergleich zum letzten Jahr gestiegen.

Wer hat Hunger?

- > Insgesamt leiden 206 Millionen Menschen in Afrika Hunger.
- > Von der aktuellen Hungerkrise sind ca. 13 Millionen betroffen.
- > Alle sechs Minuten stirbt ein Kind an den Folgen der Unterernährung, jährlich sind es zwei Millionen Kinder, 20% oder mehr sterben in Angola, Somalia und dem Tschad vor ihrem fünften Geburtstag.
- > 80 Millionen der 6-14 Jährigen müssen zum Überleben arbeiten.

Wo ist Hunger?

- > Der Bericht des WHI – des Welthungerindex – spricht von 25 Ländern in denen die Situation „sehr ernst“ (18 in Afrika) und 4 in denen sie „gravierend“ ist. Burundi, der Kongo und Eritrea haben mit über 50% der Bevölkerung den höchsten Anteil an Unterernährten.

Es ist nicht Hunger alleine:

- > Rund 265 Millionen Menschen haben in Afrika südlich der Sahara keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die WHO geht von einem Wasserbedarf von etwa 2 Liter/Tag aus, viele in Ostafrika haben aber weniger als einen Liter zur Verfügung.

Geld für Waffen statt für Menschen

- > Angesichts der derzeitigen Katastrophe hat die UNO gerade mal 500 Millionen Dollar in Aussicht gestellt.
- > Die Ausgaben für „Entwicklungshilfe“ betragen weltweit weniger als 130 Milliarden Dollar/Jahr.
- > Die USA allein hat dieses Jahr über 700 Milliarden Dollar im „Verteidigungsetat“.

Quellen: www.welthungerhilfe.at, www.africaexpedition.de, www.3-sat.at, www.globalincome.org, Worldbank – Poverty data: A supplement to World Development Indicators 2008, Global progress: Are we on track to meet the MDGs by 2015?, www.spiegel-online.de, www.focus.de, www.suedwind-agentur.at, wikipedia

Hunger ist das Ergebnis von Kapitalismus

In Europa ist das Bild Afrikas seit Jahrhunderten gleich: Der Kontinent der mit „unserer“ Zivilisation nicht mithalten kann. Es muss „Entwicklungshilfe“ geleistet werden, damit er „aufholen“ kann. Tatsächlich gab es in Afrika Jahrtausende lang entwickelte

nach Europa und Amerika. Damit das so bliebe, war es wichtig auch weiterhin die Politik in den neuen Staaten zu bestimmen. Der Imperialismus änderte seine Strategien, aber die Ausbeutung des Kontinents geht bis heute weiter.

interessiert dabei nur als billige Arbeitskraft, ihr Elend spielt in dieser Logik keine Rolle.

Die „Entwicklungshilfe“ wird für Zinszahlungen und häufig für Waffen oder andere Waren aus den „Geberstaaten“ verwendet. Die blutigen Konflikte sind im Wesentlichen das Ergebnis von Kolonialismus und Imperialismus. Grenzen wurden willkürlich gezogen und verschiedene Ethnien gegeneinander ausgespielt. Viele der „Bürgerkriege“ sind Stellvertreterkriege für die Konflikte zwischen imperialistischen Staaten (wie z.B. in Ruanda 1994). Das jetzt am schlimmsten vom Hunger betroffene Somalia befindet sich seit 20 Jahren im „Bürgerkrieg“. Seit den 1980er Jahren (damals war Somalia Selbstversorger) wird das Land vom Westen zerstört – Grund waren die vermuteten Ölreserven. IWF und Weltbank trieben Somalia in den Ruin und die USA intervenierte 1993 militärisch. Der Staat spielte mangels Finanzen (in Folge der aufgezwungenen Kürzungen) keine Rolle mehr und zerfiel. Waffenlieferungen taten ein Übriges.

Ein gutes Beispiel für den Neokolonialismus, der seit den 1980er Jahren mit neoliberaler Politik arme Länder noch mehr in die Armut treibt. Über IWF und Weltbank wurde ein gefährlicher Maßnahmen-Mix verordnet: Währungsabwertungen führten zu sinkenden Einnahmen bei Exporten. Die Produktion für

„Nettozahler“: Afrika zahlt also mehr als es durch Kredite und „Entwicklungshilfe“ bekommt.

Zivilisationen und Staaten.

Ein brutales Ende fand das mit dem Einmarsch der Europäer: mit dem Vorwand Gott und die Zivilisation nach Afrika zu bringen wurden Kulturen zerstört, Menschen versklavt, verschleppt und getötet. Eigentlich ging es immer um die Rohstoffe des reichen Kontinents, die eine Grundlage des Reichtums des Westens bildeten. Doch immer gab es auch Widerstand gegen die Ausbeutung von außen. Die Unabhängigkeitsbewegungen machten es den imperialistischen Mächten nach 1945 immer schwieriger, ihre Macht direkt auszuüben. Die Verluste an Profiten und Menschenleben durch zahlreiche Aufstände machten „Business as usual“ unmöglich. Im kalten Krieg war es klüger, auf andere Mittel zu setzen.

Also zogen die Soldaten und Beamten aus den Kolonien ab. Was blieb, war eine von den ehemaligen Kolonialherren abhängige Wirtschaft. Die Profite flossen weiter

Der moderne Kolonialismus baut auf den Strukturen auf, die die Kolonialherren hinterlassen haben und läuft über verschiedene internationale Organisationen wie IWF und Weltbank. Zentral sind dabei die Schulden, die Afrika einfach nicht los wird. Zwei Billionen Dollar „Entwicklungshilfe“ und zahlreiche Kredite halfen und helfen dabei, echte Unabhängigkeit zu verhindern. Doch obwohl Milliarden zurückbezahlt werden, wächst der Schuldenberg weiter.

Eine durchaus willige korrupte afrikanische Elite ist ebenfalls Teil des Systems. Geschätzte 150 Mrd. Euro versickern jährlich in Afrika in der Korruption. Ob eine Regierung demokratisch ist, spielt für das Kapital keine Rolle. Wichtig ist, dass sie die Profite für Konzerne aus der EU, den USA und heute auch China garantiert. Tut sie das nicht, wurden in der Vergangenheit auch schon Putschorganisationen oder „Rebellen“gruppen bewaffnet. Die Bevölkerung



den Export bedeutete, dass Nahrung importiert werden muss und es zu einem Überangebot auf dem Weltmarkt kommt, das die Preise senkt. Um die Abhängigkeit Afrikas auch für die Zukunft zu sichern, verhindern die imperialistischen Konzerne den Aufbau na-

Hilfsorganisationen versuchen, Nahrung in die Region zu schaffen.

Die Konzerne aus China, der EU und den USA reagierten auf die Dürre mit mehr Bewässerung. Die einfachen BäuerInnen konnten sich das nicht leisten und muss-

Extensiv-Bewirtschaftung führen zu versalzten und ausgelaugten Böden.

Hungerkatastrophen und Elend haben in Afrika eine lange, traurige Tradition. Mit der aktuellen Wirtschaftskrise spitzt sich die Lage weiter zu: In der Krise wird weniger

In der Periode der „Globalisierung“ ist die Lebenserwartung in Afrika um 15 Jahre auf 48 gesunken.

tional eigenständiger Ökonomien. Nigeria z.B. ist der fünft größte Öl-Exporteur der Welt. Im ganzen Land findet sich aber keine Raffinerie, um das Öl weiter zu verarbeiten.

Die „Strukturanpassungsprogramme“ (SAPs) erzwangen die Öffnung der Märkte für ausländische Produkte, Ausverkauf von Land und Industrie an ausländische Unternehmen, Kürzungen und Streichungen im öffentlichen Bereich, bei Verwaltung, Bildungswesen und Gesundheit sowie bei Nahrungsmittelsubventionen.

2009 verkaufte die äthiopische Regierung 1,1 Mio. Hektar der fruchtbarsten Flächen an ausländische Investoren, nachdem die dort lebenden BäuerInnen enteignet wurden. Auf diesen und vielen weiteren Flächen in ganz Afrika werden seitdem v.a. Rohstoffe für „Bio-Sprit“ aber auch Obst, Schnittblumen uvm. für den Export gepflanzt. Aus allen von der Hungerkatastrophe betroffenen Ländern wird auch jetzt noch fleißig exportiert, während

ten ihrem Vieh beim Verhungern zuschauen, bevor sie selbst dran waren. Ihr Land kommt jetzt den Konzernen zu Gute.

Nicht allein die Dürre hat die Lebensmittelpreise explodieren lassen, sondern v.a. dass Lebensmittel immer mehr zum Spekulationsobjekt werden (siehe Grafik). Äthiopien und Malawi z.B. mussten auf Druck von IWF und Weltbank ihre Nahrungsmittelreserven auflösen. Hungerkatastrophen waren die Folge. In vielen Ländern werden Unmengen von Nahrung vernichtet. Sei es, dass unverbrauchte Waren im Müll landen oder Regierungen Tonnen von Nahrung kaufen und vernichten, um Profite zu schützen. Trotz der enormen Umweltzerstörung bietet die Erde genug Ressourcen, um die Menschheit mindestens doppelt zu ernähren. In weiten Teilen Afrikas produzieren Konzerne aber so rücksichtslos, dass kaum noch brauchbares Land für die ansässigen BäuerInnen bleibt: Monokulturen und

produziert und entsprechend weniger Rohstoffe benötigt. China, dessen Einfluss auf Afrika sich enorm gesteigert hat, kann diesen Rückgang auf Dauer nicht auffangen. Viele Arbeitsplätze und Existenzen in Afrika hängen aber am Rohstoffexport, eben diese werden jetzt vernichtet. An diesen Jobs hängen oft ganze Groß-Familien. Mit dem Druckmittel Arbeitsplatzabbau werden natürlich auch weitere Lohnkürzungen durchgedrückt und die Lage verschlimmert sich noch. Die internationalen Banken werden noch aggressiver auf die Rückzahlung der Kredite und ihrer Zinsen drängen. Und westliche Staaten werden zu noch brutaleren Mitteln greifen, um sich bzw. den von ihnen vertretenen Unternehmen den Zugang zu afrikanischen Rohstoffen zu sichern. Der Kapitalismus hat bisher für Afrika nur Elend bedeutet und im Rahmen des Kapitalismus ist die Zukunft für Afrika eine düstere.

Tilman M. Ruster und
Sonja Grusch

Marx aktuell

„Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf einer Entwicklungsstufe, auf der die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausbildet, der Kapitalexport eine hervorragende Bedeutung gewonnen, die Verteilung der Welt durch die internationalen Trust begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde zwischen den größten kapitalistischen Ländern abgeschlossen ist.“ Aus Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1917)

Lenins – im Übrigen leicht lesbare Schrift – über den Imperialismus wirkt auch heute noch visionär. Die Weltwirtschaft ist über die internationalen Finanzströme vernetzt wie nie zuvor. Die großen multinationalen Konzerne bauen ihre Dominanz immer weiter aus. Schließlich hat auch die Polarisierung

Lenin und der Imperialismus: ... was uns das heute angeht

zwischen Arm und Reich seit Beginn des 20. Jahrhunderts weiter zugenommen. Ganz aktuell auch ein anderer Satz: „Die Welt ist in ein Häuflein Wucherstaaten und in eine ungeheure Mehrheit von Schuldnerstaaten gespalten.“

Anders als heute in manchen Schulbüchern zu lesen, betrachteten auch andere Zeitgenossen Lenins den Imperialismus nicht einfach nur als die Ausdehnung von Territorium mit kriegerischen Mitteln vor 1914. (So war insbesondere der afrikanische Kontinent noch am Anfang des 19. Jahrhunderts für Europa ein weißer Fleck auf der Landkarte.) Bereits 1902 beklagte ein gewisser John Hobson in seiner Imperialismustheorie, das Ende des Kapitalismus als fortschrittliches, liberales System. Lenin interpretierte diese Entwicklung weiter. Nämlich als Verschärfung der weltweiten, inneren Widersprüche der Profitwirtschaft. Trotz möglicher Wachstumsphasen weist nicht nur die stetig wachsende Bedeutung der Finanzströme gegenüber der „realen“ Warenproduktion auf strukturelle Probleme des Kapitalismus hin. Im Zusammenhang mit der Kapitalmobilität – also der Notwendigkeit zum Kapitalexport – streben die Konzerne zudem die Stärkung ihres jeweiligen Staatsapparates an, um ihre Interessen besser durchsetzen zu können. Weltwirtschaft und Protektionismus, oder – moderner ausgedrückt – Globalisierung und die Bildung von Wirtschaftsblöcken mit ihren jeweiligen Führungsnationen sind schließlich ganz aktuelle Widersprüche.

Das kleine Österreich ist in einer Reihe von mittel- und südosteuropäischen Staaten der wichtigste oder zweitwichtigste Investor. Es hat in diesem Zusammenhang nicht zuletzt eine Rolle etwa bei der Zerschlagung Jugoslawiens gespielt. Ebenso gibt es kaum einen imperialistischen Krieg der letzten Jahre, an dem die Alpenrepublik sich nicht beteiligt hat. Freilich gemäß der beschränkten politischen und militärischen Möglichkeiten eines – imperialistischen – Kleinstaates, der sich 1955 offiziell als „immerwährend“ neutral bezeichnen musste. Abschließend ist – gerade auch in diesem Zusammenhang – besondere Vorsicht zu empfehlen, wenn Regierungen von „humanitären Aufgaben“ oder notwendigen Einsätzen für Menschenrechte sprechen. Gerade dort, wo solche Einsätze in den letzten Jahren stattfanden, ist entweder die Gewalt weiter eskaliert, oder die entsprechenden Gebiete ähneln inzwischen klassischen Kolonien oder Schutzgebieten.

John Evers



Die Befriedigung des schlechten Gewissens

Das Bedürfnis, zu helfen, zeigt, dass Menschen nicht an sich schlecht sind. Aber die Ursache des Hungers ist der Kapitalismus, ein System, in dem eine herrschende Elite weltweit auf Kosten des Restes profitiert. Diese Elite nutzt das

deren Unfähigkeit, stärken Abhängigkeit und sind gleichzeitig Ablenkungsmanöver. Unternehmen heften sich Begriffe wie Charity und Corporate Social Responsibility auf die Fahnen. Armut und Hunger wer-

Arbeit in der Bekämpfung des Hungers. Doch diese Arbeit wird von der etablierten Politik gerade so wenig unterstützt, dass sie als Ablenkung verwendet werden, aber nichts Wesentliches ändern kann. Entwicklungszusammen-

talismus und der mit ihm verbundenen bürgerlichen Demokratie verstanden. Letztere sieht zwar Grundrechte vor, aber kein Recht auf Nahrung und Arbeit sowie keine sozialen Grundrechte. Der grundrechtliche Schutz des Eigentums hilft denen, die keines haben, nichts. Im Gegenteil, die Konzerne und ihr Eigentum an riesigen Landflächen, das sie durch Landnahme vermittelt der örtlichen herrschenden Eliten ergattert haben, werden geschützt. Und auch die Marktwirtschaft ist in Afrika längst angekommen. Landraub und Hunger sind die Folge.

Der russische Revolutionär Leo Trotzki hat Anfang des 20. Jhdts. analysiert, dass in Ländern, in denen die bürgerliche Klasse schwach und vom Ausland abhängig ist – wie eben in den neokolonialen Ländern Afrikas – nur die ArbeiterInnenklasse, gestützt auf die Masse der armen Bauern, Trägerin der Revolution sein kann und eine Revolution daher eine sozialistische sein muss. Die diktatorischen Regimes der neokolonialen Länder sind einerseits mit dem Imperialismus und andererseits mit

den feudalen Strukturen verbunden. Grundlegende demokratische Rechte, die Aufteilung des Landes auf KleinbäuerInnen und echte soziale Rechte müssen also auch dort von der ArbeiterInnenklasse erkämpft werden indem der Kapitalismus überwunden wird. Der global organisierten Herrschaft von Konzernen muss daher eine international organisierte revolutionäre Partei von ArbeiterInnen entgegengestellt werden. Entgegen dem Bild der passiv Leidenden gibt es auch in Afrika eine starke ArbeiterInnenklasse, die eine reiche Tradition und Praxis von Protesten, Strukturen und Widerstand hat. Die Zusammenarbeit von ArbeiterInnenorganisationen hier und dort für ein gemeinsames Ziel ist der beste Kampf gegen den Hunger und seine Ursachen. Der Kapitalismus kann nicht gezähmt werden und es gibt keinen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. „Internationale Solidarität“ der ArbeiterInnenklasse ist kein nostalgisches Schlagwort, sondern eine Notwendigkeit für den Fortschritt in eine Welt ohne Hunger.

Helga Schröder

Wohltätigkeit, Entwicklungshilfe, Mikrokredite und andere Ablenkungsmanöver

Bedürfnis, anderen zu helfen, um von den Ursachen des Hungers abzulenken. U.a. wird suggeriert, „wir“ würden auf Kosten der Lebenden in Wohlstand leben.

Tatsächlich sind es große Unternehmen, ihre UnterstützerInnen in der etablierten Politik in Europa, in den USA und in Asien, die gemeinsam mit den afrikanischen Eliten den Hunger in Afrika verursachen. Die Trennlinie zwischen Verursachenden und Leidtragenden läuft nicht zwischen Nord- und Südhemisphäre oder entlang nationaler Grenzen, sondern entlang der Klassenlinie.

Almosen und bevormundende Fürsorge drängen die Betroffenen in die Opferrolle, suggerieren

den damit für Profite instrumentalisiert. Mikrokredite als neoliberale Form der „Hilfe zur Selbsthilfe“ geben Banken einen „humanistischen“ Anstrich. Sie stehen aber den Allerärmsten nicht zur Verfügung, müssen zurückgezahlt werden, kosten Zinsen, schaffen Abhängigkeit, verschieben Menschen vom eigenen Land in den Dienstleistungssektor und sind eine Falle in Notsituationen. Ein Wildwuchs an profitorientierten „NGOs“ macht aus „Hilfe“ das große Geschäft.

Auf der anderen Seite leisten Menschen in zahlreichen Vereinen, kirchlichen Institutionen, Nichtregierungs- und Non-Profit-Organisationen engagierte

arbeit ist ein Tropfen auf den heißen Stein und eine Notmaßnahme, solange Hunger System ist. Die etablierte österreichische Politik hat mit der Kürzung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im jüngsten Sparpaket endgültig ihre Verantwortung für den Hunger abgewälzt.

Wirkliche Hilfe für Hungernde ist zu begrüßen und zu unterstützen, aber sie bleibt unzureichend, solange die Ursachen nicht beseitigt werden. Oft wird die Lösung in der Stärkung der „Marktwirtschaft“ und demokratischen Reformen in den neokolonialen Ländern gesehen. Unter demokratischen Reformen wird aber meist Aufbau oder Festigung des Kapi-

Der Protest der „Schlampen“

Bei einem Vortrag über Gewaltprävention in Toronto sagte ein Polizist im Jänner 2011, Frauen sollen sich nicht „wie Schlampen“ kleiden, um nicht vergewaltigt zu werden. Damit machte er Frauen (mit)verantwortlich für sexuelle Übergriffe. Das löste weltweit in über 50 Städten Proteste aus. Auch in Wien ist ein „Slutwalk“ geplant. Mit dem Begriff „Schlampenmarsch“ prangern Frauen die sexistische Doppelmoral an. Egal ob kurzer Rock oder Rollkragenpulli – Nein heißt nein!

Täglich wird Frauen in den Medien suggeriert, sie müssten sich sexy anziehen. Gleichzeitig werden „zu verführerisch“ angezogene Frauen, als „Schlampen“ diffamiert. Während in manchen Turnsälen sexistische Werbung hängt wird gleichzeitig an Schulen darüber diskutiert, „zu kurze“ Kleidung zu verbieten. Diese Kleiderzwänge zeigen, wie heuchlerisch es ist, die „unterdrückte“ Kopftuch tragende Frau der „emanzipierten“ westlichen Frau gegenüber zu stellen. Jede Frau soll selbst bestimmen, was sie anzieht!

Kleidung hat nichts mit dem Vergewaltigungsrisiko zu tun. Die meisten Vergewaltigungen passieren nicht am nächtlichen Heimweg, sondern in Familie und Umfeld. Viele Frauen erstatten aus

Scham und Angst keine Anzeige. Übergriffe durch den Partner sind schwer beweisbar und Frauen werden vor Gericht weniger ernst genommen. Von geschätzten 5.000 Vergewaltigungen jährlich wird nur jede 10. angezeigt. Und nicht einmal jede 5. Anklage führt zur Verurteilung!

Der Gewaltspirale zu entkommen, ist schwer: Oft sind Frauen von ihren Partnern ökonomisch abhängig, weil sie weniger verdienen oder Hausfrauen sind. Bei Frauenhäusern wird eingespart. Landesweit gibt es 30 Frauenhäuser mit 750 Plätzen. Notwendig wären – laut der Geschäftsführerin der Autonomen Frauenhäuser, Rösslhuber – 830 Plätze. Hilfesuchende Frauen müssen abgewiesen werden. Die „Slutwalks“ bringen Sexismus und Gewalt gegen Frauen wieder in die Öffentlichkeit.

Nora Brandes, Sedef Yavuz

Wir fordern:

- keine Werbung, insbesondere keine sexistische, an Schulen
- Selbstverteidigungstraining als fixer Bestandteil des Turnunterrichtes
- eine Gewerkschaftskampagne gegen Übergriffe im Job und gegen sexistische Berufskleidung
- Ausfinanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen



Slutwalk – der Marsch der „Schlampen“ – bald auch in Wien

Politisch? Unerwünscht!

Vorwärts: Du warst bei den Protesten gegen Sarrazin – das passt nicht zu dem Bild, die Jugend wäre un-

Vorwärts: Bist Du für dein politisches Engagement bestraft worden?

Vorwärts: Bist du auch an der Schule politisch aktiv?

Gabriel: Wir haben einen

„Dieses Bild der unpolitischen Jugend ist nicht wahr, sondern wird eher bewusst konstruiert.“

politisch.

Gabriel (Schüler in Wien):

Wenn wir uns den Alltags in Schule, Arbeit oder sonstwo ansehen, ist es eigentlich schwer, ein wirklich unpolitisches Thema zu finden. Aber dann werden Jugendliche bei politischen Protesten mit lächerlich begründeten Anzeigen nach Hause geschickt, oder sogar von der Straße geprügelt.

Gabriel: Ja, einmal wurde ich wegen 'Störung der öffentlichen Ruhe' bestraft – was sich bei einer Demo schwer vermeiden lässt. Ich habe gegen die Abschiebung der 6-jährigen Komani Zwillinge protestiert, die später Bleiberecht, also quasi Recht bekommen haben. Trotzdem wurden die, die für dieses Recht gekämpft haben, mit Unrecht konfrontiert.

Festsaal, der nach Wilhelm Exner, einem damaligen Mitglied der Burschenschaft Olympia, benannt ist. Er hat z.B. den 'Schillerfackelzug', der von Burschenschaftern als 'Auftakt zum nationalen Denken' bezeichnet wird, mitorganisiert. Was wir in der Schule da noch dagegen machen werden, müssen wir uns noch genau anschauen.

Ich muss draußen bleiben!

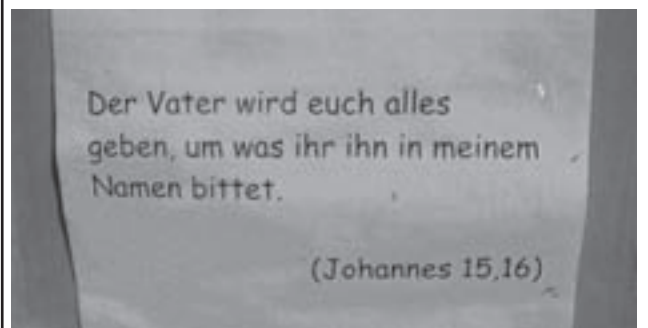


Esoterikkongress: 2:0 für die SLP – Gib auf, Jo!

Im September vertrieb die SLP den geplanten rechts-esoterischen „Bewusst-Kongress“ aus dem Festsaal des öffentlichen Akademischen Gymnasiums in Wien. Bei dem Kongress am 8. Oktober wollen rechte VerschwörungstheoretikerInnen rund um den Deutschen Jo Conrad ihre kruden Theorien verbreiten: Von reptilartigen Aliens, die uns beherrschen bis zur Leugnung des Holocausts. Dann versuchten sie es in

Tribuswinkel bei Traiskirchen (NÖ). Nachdem die SLP die Verantwortlichen informiert hatte, was sich hinter dem Kongress verbirgt, zogen diese die Zusage für den Saal zurück. Zu Redaktionsschluss stehen Jo & Co. wieder auf der Straße und suchen einen Ersatz-Ersatzort. Die SLP bleibt dran – Wo wir aktiv sind, gibt es keinen Platz für antisemitische Verschwörungstheorien und braun-esoterischen Müll!

Fundstück des Monats



Hat das reichste 1%, das mehr als 1/3 des Gesamtvermögens hat, einen besonders guten Draht zum Herrn? Alle, die unter der Armutsgrenze leben, machen da wohl was falsch. Unser Fundstück mag als kirchlicher Trost gut gemeint sein. Tatsächlich verhöhnt es jene, die am unteren Ende der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen arm und reich leben.



Kasachstan: Streik der ÖlarbeiterInnen!

Das kasachische Regime tut so, als sei der Streik der ÖlarbeiterInnen in Zhanaozen und Aktau beendet. Das sehen die seit fast fünf Monaten Streikenden anders. Jeden Tag versammeln sie sich, um zu diskutieren wie der Streik

wert" von 15.000 Euro pro ArbeiterIn und Monat. Wenn KazMunaiGaz aus den Händen der Profiteure genommen und unter Kontrolle der ArbeiterInnen gestellt würde, könnten die Löhne angehoben und mehr Geld ins

ten, dass sie „verhandeln wollten“, aber nicht wüssten, wer die VertreterInnen der Streikenden seien. Paul wies darauf hin, dass sechs VertreterInnen von den Streikenden gewählt, aber zwei davon auf Anweisung des Managements

sellschaft. Daher wendet sich das Regime gegen jene, die diese Unzufriedenheit in eine sozialistische Richtung lenken könnten. Gegen Ainur Kurmanov und Esenbek Ukteshbayev (CWI-Kasachstan) werden Anklagen vorbereitet, wie auch gegen zwei weitere AktivistInnen – Mutter und Tochter, Kulzhan und Nuosulu Sailybaeva. Vermutlich werden noch weitere Anklagen konstruiert, sobald die Fälle vor Gericht kommen. Weitere 25 AktivistInnen sollen ebenfalls belangt werden. Sobald die beiden Schlüsselaktivisten entfernt sind, wird das Regime vermutlich die beiden Organisationen schließen, deren Vertreter Ainur und Esenbek sind – „Leave People's Homes Alone“ und Talmas. Nach der bereits 5. Weigerung der Behörden, den heuer gegründeten unabhängigen Gewerkschaftsbund zu legalisieren, bedeutet das, dass es in Kasachstan keine legalen Möglichkeiten der Opposition mehr geben wird.

Trotz dieser Angriffe wird die Sozialistische Bewegung Kasachstan weiterhin Kampagne für die ÖlarbeiterInnen und gegen das Nazarbayev-Re-

gime machen. Sie tritt für ein sozialistisches Programm für die Bewegung in Kasachstan ein, auf Basis von Verstaatlichung der Schlüsselindustrie und Naturressourcen, als ersten Schritt zu einer demokratisch kontrollierten, geplanten Wirtschaft. Sie fordert eine verfassungsgebende Versammlung, die die ArbeiterInnen und Armen vertritt und das herrschende Regime durch eine wirklich demokratische Gesellschaft mit gewählten Komitees auf allen Ebenen ersetzt. Die Sozialistische Bewegung Kasachstans bleibt standfest in ihrer Aufgabe, eine sozialistische MassenarbeiterInnenpartei in Kasachstan aufzubauen. Eine solche Partei muss fähig sein, den Kampf für ein demokratisches sozialistisches Kasachstan als Teil einer freiwilligen sozialistischen Föderation zentralasiatischer und eurasischer Staaten zu führen.

CWI-Reporter
aus Kasachstan

Der bedeutendste Streik in der ehemaligen Sowjetunion seit den Bergarbeiterstreiks in den 1990ern.

fortgesetzt werden soll. Der Streik war vom Management bei Karazhan-BasMunai (Tochtergesellschaft von KazMunaiGaz) durch den Abbruch der Lohnverhandlungen provoziert worden. Hintergrund sind Zulagen für gesundheitsgefährdende Arbeit. Die ArbeiterInnen haben allen Grund zu streiken – sie arbeiten unter schwersten Bedingungen und ihr Durchschnittslohn liegt nur knapp über 1000,- Euro/Monat. JedeR ArbeiterIn fördert durchschnittlich Öl im Wert von 30.000 Euro. Davon gehen 5.500 an die Regierung, nur 1.500 werden für Löhne verwendet. Selbst abzüglich Investitionen und Kosten bleibt dem Unternehmen immer noch ein „Mehr-

Staatsbudget einbezahlt werden.

Polizei, Gerichte, Geheimdienst und Staatsanwaltschaft stehen auf Seite des Unternehmens. Hunderte Streikende haben ihren Job verloren. Eine Juristin der Gewerkschaft, Natalia Sokolova, wurde zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, Streikaktivist Akzhanat Aminov zu einem Jahr bedingt. Mitte August wurde Gewerkschaftsaktivist Zhaksylyk Turbayev von Auftragskillern getötet, nur Wochen später die Tochter eines weiteren Streikaktivisten ermordet. Im Juli hat CWI-EU-Parlamentarier Paul Murphy Zhanaozen und Aktau besucht. Dort hat er sich mit VertreterInnen der Unternehmen getroffen, die sich beschwer-

inhaftiert worden waren. Das Haus eines Dritten war von Unbekannten in Brand gesteckt worden. Paul initiierte u.a. einen Fonds um den Familien der Streikenden in der Region zu helfen. Er fordert die Freilassung von Natalia Sokolova, die bedingungslose Wiedereinstellung der Entlassenen, eine Aufnahme der Verhandlungen mit den gewählten VertreterInnen der Streikenden, sowie die Verstaatlichung der natürlichen Ressourcen Kasachstans unter Kontrolle der ArbeiterInnen.

Der Streik findet vor dem Hintergrund steigender Unzufriedenheit statt. Seit 2007 sind Preise und Wohnkosten kontinuierlich gestiegen. 80% der Bevölkerung zählen zur ärmsten Schicht der Ge-

Mehr Information über die Arbeit des CWI in Kasachstan unter:
www.socialismkz.info
www.socialistworld.net

Palästina per Abstimmung?

Der Antrag der PLO bei der UN um Aufnahme des Staates „Palästina“ wird von zahlreichen PalästinenserInnen und pro-palästinensischen AktivistInnen als Schritt in Richtung Unabhängigkeit betrachtet. Zu Recht?

Seit der Gründung Israels 1948 gab es viele UN-Resolutionen für das Recht der PalästinenserInnen auf einen eigenen Staat. Sie wurden durchwegs von den israelischen Herrschenden ignoriert. Die Forderung nach einem Stopp des Siedlungsbaus im Westjordanland wurde mittlerweile selbst von Obama aufgegriffen. Sie blieb allerdings ohne Konsequenz. Noch immer zerschneiden 121 Siedlungen und Straßen, die „nur für Juden/Jüdinnen“ befahrbar sind das Westjordanland. Auch eine Aufnahme „Palästinas“ als 194. Staat in der UN – was jedoch am Veto der USA im Sicherheitsrat scheitert – würde den Siedlungsbau und Besetzung nicht beenden.

Für die Führung der Fatah rund um Präsident Abbas ist der Vorstoß bei der UN vor allem ein Versuch innenpolitisch Boden gegen die Hamas zu gewinnen. In der Vergangenheit haben sich Fatah-FunktionärInnen vor allem durch Korruption und Repression hervorgetan. Die Fatah-

Führung lieferte AktivistInnen an den israelischen Geheimdienst aus. In Verhandlungen mit Israel war sie zu einem Ausverkauf palästinensischer Rechte bereit.

Die aktuelle Debatte findet vor dem Hintergrund von revolutionären Massenbewegungen in der gesamten Region statt. Auch Israel erlebt seit dem Sommer riesige Demonstrationen für soziale Rechte, die sich u.a. auch gegen den Siedlungsbau aussprechen. Es besteht die historische Chance, die Bewegungen in Israel und den Kampf für die Rechte der PalästinenserInnen zusammenzuschließen. Mehr als alles andere fürchten die Eliten dies- und jenseits der Mauer diese Möglichkeit. Es ist kein Zufall, dass sowohl Fatah als auch Hamas Solidaritätsdemonstrationen für den Sturz Mubaraks unterdrückt haben und dass sich Netanjahu bis zum Ende für dessen Verbleib ausgesprochen hat. Sie wissen selbst, dass eine gemeinsame Massenbewegung von AraberInnen und Juden/Jüdinnen in der Lage ist, die kapitalistischen Eliten zu stürzen und soziale, demokratische und nationale Rechte zu erkämpfen. Und damit eine echte Antwort auf die Nationale Frage zu geben.

Jan Rybak



15. Oktober: Aktionstag nutzen!

Am 15. Oktober findet ausgehend von den Protesten in Spanien ein internationaler Aktionstag statt. Er richtet sich gegen die Folgen der Wirtschaftskrise.

Die Proteste am 15.10. sind gut – allerdings zu wenig, um die Ursache der Probleme zu überwinden. Dazu braucht es organisierten Widerstand

dürfen. Diese Reaktion auf das Gebaren der etablierten Parteien ist verständlich – hemmt aber letztlich die Bewegung wenn kämpferische antikapita-

Kapitalismus hat außer Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit und Armut nichts zu bieten.

Gegen die Katastrophen, die der Kapitalismus mit Armut, Hunger und Kriegen für die Mehrheit der Menschheit bedeutet. Viele wollen einen Systemwechsel (wobei darunter unterschiedliches verstanden wird). In Europa sind die Sparpakete, die die griechische Bevölkerung in Armut stürzen, ein Vorgeschmack dessen, was auch in Österreich bald anstehen wird.

der ArbeitnehmerInnen. Massenstreiks mit einem klar antikapitalistischen Programm sind als nächster Schritt nötig. Darum dürfen wir bei den Kundgebungen am 15.10. nicht der Gewerkschaftsführung das Ruder überlassen, sondern müssen diese nutzen, um Druck von unten auf zu bauen.

Viele AktivistInnen meinen, dass Parteien bald anstehen wird.

listische Parteien mit den Etablierten einfach gleich gesetzt werden.

Der ÖGB ignoriert den 15.10.. Aber zumindest in Graz, Linz und Wien wird es Aktionen geben. Mitglieder der SLP werden teilnehmen und sich für einen österreichweiten gewerkschaftlichen Aktionstag mit Kampfmaßnahmen einsetzen.

Georg Kumer

Berlin: Wieder Streik im Krankenhaus

Ungefähr 300 Beschäftigte des ausgegliederten und teilprivatisierten Krankenhausbetreibers CFM stehen seit Mitte September wieder im Streik. Sie kämpfen gegen Hungerlöhne und für einen Tarifvertrag (KV in Deutschland). Im Mai gab es einen ersten zweiwöchigen Streik der Tarifverhandlungen erreichte. Doch ein akzeptables Ergebnis war nicht in Sicht. Jetzt wird, trotz schwieriger Bedingungen, sehr aktiv ge-

streikt, mit Versammlungen und Demonstrationen. Die Auswirkungen sind überall im Krankenhaus bemerkbar. Die SAV (CWI in Deutschland) beteiligte sich aktiv, GenossInnen sind in der Streikleitung. Die SAV fordert zusammen mit den Beschäftigten einen Tarifvertrag, die Wiedereingliederung des Dienstleisters ins Krankenhaus und ein Ende der Einschüchterungen.

www.sozialismus.info

30. November: Generalstreik in England!

Am 11.9. hat ein kämpferisches Gewerkschaftsnetzwerk (NSSN) durch eine Versammlung von über 700 BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen Druck auf den britischen Gewerkschaftsdachverband TUC gemacht. Sie forderten einen 24-Stunden-Generalstreik im öffentlichen Dienst, um Pensionen, Arbeitsplätze und Sozialleistungen zu verteidigen. Zwei bis drei Millionen ArbeiterInnen werden beim Streik

am 30.11. erwartet. Rob Williams von der Socialist Party (CWI in England) und Vorsitzender des NSSN betont, dass die Basis der Gewerkschaft die Führung zu Massenaktionen an diesem Tag zwingen muss. „Diese Regierung von MillionärInnen kann durch einen koordinierten Streik geschlagen werden.“ erklärt Rob und ruft zu Betriebs- und Regionalversammlung zur Streikvorbereitung auf.

www.socialistparty.org.uk

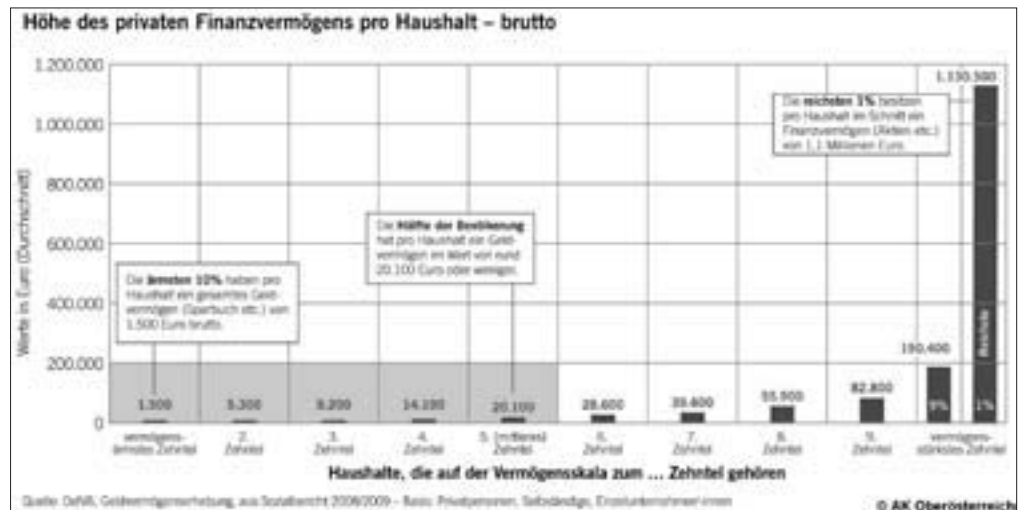
Hong Kong: 1. Wahlkampf

Socialist Action (CWI in Hong Kong) tritt zum ersten Mal bei Bezirkswahlen an. Sally Tang Mei-ching, eine 22-jährige Studentin, ist die Kandidatin zweier Bezirke. Sie kämpft für Frauenrechte und fordert den Rücktritt eines repressiven Polizeikommissars. Einer der Parolen des Wahlkampfes lautet: „Kürzt die Gehälter der Politiker! Sally verspricht, nur ein Drittel zu nehmen!“

www.socialism.hk



Ein Blick auf die Vermögensverteilung in Österreich reicht, um zu sehen, dass bei den Reichen sehr wohl was zu holen wäre.



Vermögen besteuern ist noch keine Revolution

Steuern sind die wichtigste Einnahmequelle eines Staates. Der Staat ist in der Lage Steuern zu erheben, weil er mit Hilfe seines Gewaltmonopols die Zahlung erzwingen kann. Steuern, da sie ja immer von den Herrschenden erhoben werden, können prinzipiell kein System stürzen, sondern dienen zu dessen Stabilisierung. Es geht – um das vorweg zu nehmen – bei einer Vermögenssteuer nicht um die Enteignung der Reichen oder eine Revolution. Selbst eine Vermögenssteuer, die mehr „Steuergerechtigkeit“ herstellt und tatsächlich hohe Vermögen belastet durchbricht nicht die Logik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Manche Bürgerliche fordern sie daher auch um das System wieder zu stabilisieren.

Wer besitzt nun Vermögen? Der Sozialbericht 2009/10 des bmask liefert ein paar Anhaltspunkte. So liegen auf 2% aller Spargbücher 31% des Gesamtwertes aller Spargbücher. Während 97% der Bevölkerung Spargbücher besitzen, halten nur 3% – das sind ca. 100.000 Personen – eine Unternehmensbeteiligung. Diese haben insgesamt einen Wert von 18,6 Mrd. €,

wobei 10(!) Personen ein Viertel davon (4,7 Mrd. €) besitzen. Andererseits besitzen die unteren 40% der Bevölkerung gar keine Immobilien und die obersten 20% dreiviertel aller Immobilien. Die ÖNB Immobilienvermögenserhebung 2008 hat ergeben, dass das oberste 1% der Bevölkerung 22% aller Immobilien besitzt. Die AK-OÖ hat in ihrer aktuellen Broschüre „Verteilung der Vermögen in Österreich“ auch das Finanzvermögen analysiert (siehe Grafik). Die reichsten 10% der Haushalte besitzen 54% des Brutto-Finanzvermögens (alles Vermögen bis auf Immobilien). Das oberste 1% der Haushalte hat im Durchschnitt ein Finanzvermögen von 1,1 Mio. €. Das reichste Tausendstel der Bevölkerung verfügt über 8% des Nettogeldvermögens (Vermögen minus Kredite) und damit über mehr als die untere Bevölkerungshälfte.

Verfolgt man die Schlagzeilen der letzten Monate könnte der Eindruck entstehen, die SPÖ wolle die kommunistische Revolution anzetteln und die ÖVP verteidige die fleißigen Häuselbauer. Nichts könnte ferner der Realität sein. Schon vergessen? 1994

war es SPÖ Finanzminister Ferdinand Lacina, der die Vermögenssteuer abschaffte, die noch im Jahr zuvor 612 Mio. € eingebracht hatte. Vor einem Jahr beschloss dann der SPÖ-Parteitag sie wieder einzuführen. Aber verfolgt wird dieser Plan höchstens halbherzig und bleibt sogar weit hinter dem zurück, was aus dem sozialdemokratischen Umfeld an konkreten Vorschlägen erarbeitet wurde. Jetzt soll es nur noch das reichste 1% der Bevölkerung sein – und auch die sollen eher einen symbolischen Betrag entrichten. Und bis die ÖVP dem ganzen zustimmt, wird so wenig davon übrig bleiben, das es eigentlich nicht mehr lohnt.

Gegen eine Vermögenssteuer wird immer wieder vorgebracht, dass die Vermögen ja schon einmal als Einkommen besteuert wurden, und die Erträge daraus auch wieder zu versteuerndes Einkommen wären. Dieses Argument ist von zweifelhafter Qualität, denn die Doppelbesteuerung von ArbeiterInnen wird als problemlos betrachtet. Diese Zahlen Lohnsteuer auf ihr Einkommen und noch einmal Umsatzsteuer, wenn sie

dasselbe Geld anschließend für Lebensmittel und Miete ausgeben. Nicht zu vergessen, dass für Einkommen aus Vermögen z.B. durch die KESt sehr viel weniger Steuer gezahlt werden muss als für viele Einkommen aus Erwerbsarbeit. Und Sozialabgaben, die steuerähnlichen Charakter haben, werden überhaupt nur auf Löhne und Gehälter erhoben und haben Höchstbeträge. Zusätzlich verhilft großes Vermögen zu Macht: Der Eigentümer eines Unternehmens entscheidet was produziert wird, über Investitionen und bestimmt wen er einstellt und feuert. Außerdem verleiht Vermögen Ansehen und ermöglicht es Einfluss zu nehmen auf politische Entscheidungen.

Es gibt verschiedene Vorschläge für eine Vermögenssteuer. Der WIFO-Ökonom Stephan Schulmeister präsentierte bereits 2006 ein Konzept nachdem alle Netto-Vermögen über 100.000 € pro Person mit 0,5% besteuert werden. Die zusätzlichen Einnahmen schätzte er auf 3,8 Mrd. € bzw. 1,6% des BIP und damit noch immer deutlich unter dem Durchschnitt der EU15. Sehr viel höhere Freibeträge (bis zu 1 Mio.

€ pro Haushalt) schlägt die AK OÖ 2011 vor, wodurch die unteren 90% der Bevölkerung gar nicht betroffen wären. Durch einen progressiven Steuersatz, der ab 2 Mio. € Netto-Vermögen 1,5% beträgt, kommt sie auf ein Steueraufkommen von über 5 Mrd. €.

Es gibt also keinen Grund für die unteren 90% den reichsten 10% weiterhin Milliarden zu schenken. Eine Vermögenssteuer schafft den Kapitalismus nicht ab, aber sie ermöglicht Verbesserungen bei Bildung, Gesundheit und Pensionen. Es sollte nicht der SPÖ überlassen bleiben eine Vermögenssteuer zu diskutieren, die nur der Beruhigung dient. Doch eine Kampagne die sich nicht auf Appelle beschränkt und v.a. von Gewerkschaften kämpferisch geführt wird, verändert auch das Kräfteverhältnis. Selbst wenn von den Reichsten 5 Mrd. € eingesammelt und nach unten unverteilt werden, ist das aber nicht das Ende des Kapitalismus – und wird noch nicht einmal die nächste Krise verhindern. Dazu braucht es eine weitergehende sozialistische Politik, die den Kapitalismus an sich in Frage stellt.

Christof Türk

SLP-Programm genau erklärt:

„Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.“

schäftigte in den Spitälern. In der Bildung fehlen nötige Investitionen genauso wie im öffentlichen Wohnbau: Stattdessen sollen LehrerInnen länger arbeiten oder werden teure Genossenschaftswohnungen gebaut.

In Griechenland wird derzeit eine gesamte Generation kaputt gespart. Wir sagen: Statt Geld für Banken und Sparpaketen für die Masse brauchen wir einen massiven Ausbau von Gesundheit, Bildung, Woh-

Für ein öffentliches Investitionsprogramm statt Subventionen für Banken und Konzerne.

In Österreich wird unter dem Schlagwort „Spitalsreform“ bei der Gesundheit gekürzt. In Oberösterreich werden Abteilungen geschlossen, in Wien ganze Spitäler. Manche Leistungen sollen nicht mehr rund um die Uhr, sondern nur in „Tageskliniken“ angeboten werden, Personal wird abgebaut und Überstunden gekürzt. Die Reform bedeutet Verschlechterungen für PatientInnen und Be-

Das alles am Vorabend einer neuerlichen Rezession. 2008 wurden mit öffentlichen Mitteln Pakete für die Finanzmarktstabilität geschnürt. Wenn europäische Länder pleite gehen oder Kredite aus Osteuropa ausfallen (Österreichs Banken haben dort Kredite im Ausmaß von 270 Mrd. Euro am Laufen) wird es wohl neue Bankenrettungspakete geben – die wir bezahlen sollen!

nen, Umwelt und Verkehr.

Das Geld dafür ist da: Die zehn reichsten Einzelpersonen, Clans oder Familien Österreichs verfügen gemeinsam über 63,5 Milliarden Euro. Und jährlich legen ihre Vermögen im Schnitt um zehn Prozent zu! Dennoch spart eines der 20 reichsten Länder bei öffentlichen Leistungen. Wir sagen: 63,5 Mrd. für Gesundheit & Co.!

Warum kostet Vorwärts 1 Euro?

„Wes Brot ich ess‘, des Lied ich sing“ – das bewahrt sich wieder einmal bei den aktuellen Korruptionsskandalen. Im Unterschied zu den etablierten Parteien wird die SLP nicht von Industriellenvereinigung & Co. gesponsert. Und im Vorwärts findet man keine teuren Inserate von ÖBB, Telekom oder anderen Unternehmen. Unsere politische Arbeit finanziert sich ausschließlich durch Mit-

gliedsbeiträge, Spenden und den Verkauf unseres Materials. Wir sind dadurch unabhängig von Kapital und Staat – aber sehr abhängig davon, ob unsere Zeitung gekauft und gelesen wird. Wir können sie daher nicht verschenken. Das Vorwärts kostet einen Euro – eine gute Investition in die Absicherung unserer Zukunft. Denn nur durch kämpferische Politik lässt sich z.B. der Angriff auf unser Gesund-

heitssystem zurückschlagen. Bei uns kann man u.a. über internationale Bewegungen gegen Rechtsextremismus und Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegung nachlesen, und was unsere Vorschläge sind, damit diese Kämpfe erfolgreich sind.

Vorwärts lesen – und Vorwärts kaufen – stärkt also den Kampf gegen Sozialabbau – und Korruption.

Polizeirepression gegen AntifaschistInnen: Wir brauche Eure Solidarität UND Eure Spenden!

Seit Jahren sehen wir eine Zunahme von staatlicher Repression. Gegen die Nazi-Szene wird kaum was getan, Antirassismus wird bestraft. Die Demo im Jänner 2011 gegen den rechtsextremen WKR-Ball wurde untersagt. Hunderte protestierten trotzdem. Die Polizei setzte auf Einkesselungen und körperliche Gewalt, Festnahmen und hundert Strafverfügungen.

Finanzielle Lasten dürfen uns nicht von politi-



scher Arbeit abhalten – eine wichtige Kampagne ist die Organisierung eines breiten Bündnisses gegen den WKR 2012. Es braucht dringend Deine Solidarität, damit nicht Einzelne zufällig Strafen bekom-

men, die sie oft nicht tragen können.

Wir bitten um Spenden auf das PSK-Konto 8812.733 (Verwendungszweck: Anti-Repression)

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Sonntag, 19⁰⁰ Uhr
im *‘Wiener Café’*
Esplanade Gmunden

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im *‘Stockwerk’*
Jakominiplatz 18

SLP-Jugendgruppe

jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im *‘Amerlinghaus’*
7., Stiftgasse 8
U2/U3 Volkstheater; Linie 49

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im *‘Alte Welt’*, Hauptplatz 4

SLP-Ortsgruppe

jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr
in der *‘Pizzeria La Piazza’*
20., Gaussplatz 7
Linie 31; Linie 5A

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im *‘Shakespeare’*
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

SLP-Unigruppe

jeweils Donnerstag, 19³⁰ Uhr
im *‘Café Daun’*, Hinterzimmer
8., Skodagasse 25
Linie 43, Linie 44; Linie 13A

SLP-Ortsgruppe

jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im *‘Gasthaus Zypresse’*
7., Westbahnstraße 35A
U6 Burggasse; Linie 5

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

Andere über uns



Lieber ORF! Schön, wenn ihr jemanden von uns in der ZIB 2 interviewt wie am 29.9. Sonja Grusch. Sie erklärte, warum Sarrazin ein Rassist ist und warum wir gemeinsam gegen ihn vorgehen müssen. Aber: Sonja ist Aktivistin der SozialISTISCHEN Linkspartei, nicht der (nicht existierenden) „Sozialen Linkspartei“ Oder kann es sein, dass ihr euch nicht getraut habt, das böse S-Wort zu verwenden?

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht



Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen

€ 24,- **Normal-Abo**

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)

VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Rechtsextreme raus aus der Hofburg

Gewerkschaften, MigrantInnen und AntifaschistInnen können gemeinsam den rechtsextremen WKR-Ball verhindern

Am 27.01.2012 soll zum 59. Mal der rechtsextreme WKR-Ball stattfinden. Dabei lädt der Wiener Korporationsring seit Jahren Rechtspopulisten und offene Faschisten (u.a. Le Pen) in die Hofburg. (Web-tipp: Dossier des DÖW unter www.slp.at)

In den letzten zwei Jahren wurden Gegendemonstrationen von der SPÖ-dominierten Wiener Polizei untersagt. 2011 gab es einige Illusionen, die Grünen in der Stadtregierung würden dem

Treiben der Burschenschaftler ein Ende setzen. Doch auch in diesem Jahr wurde die Demonstration verboten und kriminalisiert. Die Grünen taten nichts, außer das Verbot in Frage zu stellen. Die SPÖ-Wien hat zwar einen Beschluss gegen den Ball – tut aber auch nichts. Auf die Wiener Regierung ist kein Verlass, sie handelt nicht von selbst. Deswegen müssen die Proteste auf breiter Basis stattfinden. Der Rassismus der Rechten hindert dar-

an, gemeinsam, unabhängig von Herkunft und Religion, gegen die Angriffe der Bundes- und Landesregierung zu kämpfen. Deswegen ist es wichtig, dass Gewerkschaften Teil der Proteste sind. In ihnen sind immer noch ein großer Teil der ArbeiterInnen organisiert. Die SLP hat dazu einen Antrag an den ÖGB Bundesvorstand initiiert und mobilisiert auch selbst bereits aktiv gegen den rechtsextremen Ball.

Lukas Kastner



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.